



28. Juni 2006

### **Neuer Zuteilungsplan gefährdet Wachstum der Industrie**

Die Anpassung der Zertifikatsmenge an die Emissionen des Jahres 2005 bedeutet ein Wachstumsrisiko. „Für die Stahlindustrie war 2005 ein konjunkturell schwächeres Jahr. Wir erwarten in den kommenden Jahren ein Anwachsen der Produktion. Dafür sind ausreichend Zertifikate erforderlich“, sagt Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, Düsseldorf.

„Die Bundesregierung muss sich weitere Änderungen des zweiten nationalen Allokationsplans bei der EU-Kommission in Brüssel vorbehalten“, fordert Ameling. „Zunächst muss analysiert werden, wie viele Emissionsrechte die anderen EU-Mitgliedstaaten ihrer Industrie zuteilen. Der Standort Deutschland darf keine Wettbewerbsnachteile erleiden.“

Zwar berücksichtige die Bundesregierung durch ein im Vergleich zur Energiewirtschaft gemäßigtes CO<sub>2</sub>-Minderungsziel den internationalen Wettbewerb und die fehlenden Minderungspotenziale der energieintensiven Industrie. Die Industrieunternehmen müssen aber die starke Verknappung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate durch hohe Preise für CO<sub>2</sub> und Strom bezahlen. Ameling bemängelt, dass die Verteuerung des Stroms durch den Marktwert der Zertifikate weiterhin ungelöst bleibt. „Die Bundesregierung muss in Brüssel auf eine Änderung der Emissionshandels-Richtlinie hinwirken, damit auch dieser unerwünschte Effekt endlich unterbunden wird.“

*Die Gemeinschaftsorganisationen im Stahl-Zentrum in Düsseldorf vertreten rund 99 Prozent der Rohstahlproduktion in Deutschland und auch viele europäische Stahlerzeuger. Zur Stahlindustrie in Deutschland gehören etwa 100 Unternehmen und rund 92.500 Mitarbeiter.*

**Rückfragen:** Beate Brüninghaus Fon + 49(0)211 6707-115 oder 116  
[beate.brueninghaus@stahl-zentrum.de](mailto:beate.brueninghaus@stahl-zentrum.de)